

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.00 Mark; durch die Post bezogen 2.20 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Berlin und Druck: Gewerkschafts-Verlag für den Bezirk Halle-Merseburg e. B. H. G., Post-Verkehrsamt Nr. 14.

Abonnementspreis: 12 Pfennig für den Wilmersdorfer Höhe und Gasse; 70 Pfennig für Postämter im Territorium. Monatspreise zu richten nach Halle. Vertriebsstelle: 14. Tel. 21045, 21047, 22251. Telegramm-Adr.: Klassenkampf Halle. Postamt: Commerce- u. Postamt Halle. Vertriebsstelle: Central 1908 45. Preis 10 Pf. halbe.

Einzelpreis 10 Pf.

Halle, Mittwoch, 26. Januar 1927

7. Jahrgang + Nr. 21

Heraus zum Kampf gegen den Bürgerblut! An die deutsche Arbeiterklasse! An alle Werktätigen!

Ausgebeutete in Stadt und Land!

In Deutschland vollziehen sich gegenwärtig Ereignisse von größter Bedeutung. Der Reichspräsident Hindenburg hat die Führung zur Bildung einer Regierung des Besitzbürgerblodes übernommen. Antifaschisten und Industriearbeiter, Junger und Monarchisten bilden eine Reichsregierung, um den wirtschaftlichen Druck auf die Arbeiterklasse zu verschärfen und die politische Reaktion zu vollenden. Hindenburg richtet das persönliche Regiment der verfluchten Hohenzollernzeit wieder auf. Die Reaktion, die nicht nur auf den ohnmächtigen Reichstag, sondern auch auf den Willen der erdrückenden Mehrheit aller Wähler pfeift, jagt der Arbeitervölkelein ihren Kampf an.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Was ist der Sinn der letzten Regierungstriebe?

Auch vorher bestand ein Bürgerblod mit Marx an der Spitze, unterstützt von der Sozialdemokratischen Partei. Jetzt aber tritt als Frucht achtjähriger Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitik der SPD, als Resultat der erst dadurch ermöglichten Festigung der kapitalistischen Herrschaft die Wendung zur offenen Reaktion ein. Die Bourgeoisie ist dank der Politik der SPD, hart genug geworden, ohne Kautzlerarbeit der sozialdemokratischen Führer zu herrschen. Wie sich auf wirtschaftlichem Gebiete die Zusammenballung der kapitalistischen Unternehmungen zu großen Trusts, der Ruin von tausenden Kleinbürgerlichen Existenzen vollzieht, so findet jetzt auch die politische Ausschaltung der Kleinbürgerlichen Parteien statt. Der Eintritt Deutschlands in den Kreis der imperialistischen Mächte bedeutet gleichzeitig Stärkung der Reaktion im Innern, weiteren Abbau der bisherigen politischen und sozialen Errungenschaften, steigende Ausbeutung und Unterdrückung, zunehmende Kriegesgefahr.

Die deutsche Bourgeoisie beginnt erneut eine abenteuerliche Politik zu treiben; sie gefährdet die Beziehungen Deutschlands zu der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und verbündet sich auf dem Welt- und Weltmarkt mit den Interventionen des britischen Imperialismus. Der englische Schlangengänger Churchill rief in einer Rede in Rom alle früheren Kriegesgefahr zum Bündnis gegen den Leninismus und die Sowjetunion auf. Er fordert die Ermöglichung des Kommunismus in allen Ländern. Die deutsche Bourgeoisie schließt sich an, diesem Rufe zu folgen. Das ist der Sinn der Regierungstriebe und der Bildung der Reichsregierung.

Der Sturz der Monarchie 1918, die Bildung der Republik erfüllte insbesondere die sozialdemokratischen Arbeiter mit großen Hoffnungen. Wir Kommunisten gehörten niemals zu denen, die in der kapitalistischen demokratischen Republik einen Staat der Arbeiter sehen. Heute erkennen mit uns Millionen Werktätige, daß ohne Vernichtung der bürgerlichen Herrschaft, ohne die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates, ohne die Errichtung eines Arbeiterstaates die Entwidlung zum Kapitalismus zum Sozialismus nicht möglich ist. Die Notwendigkeit des Kampfes für die Arbeiter- und Bauernregierung wird auch durch diese Regierungstriebe allen werktätigen Schichten in Deutschland erneut bewiesen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wählte den Weg der Unterjochung der Bourgeoisie — das Resultat ist der Reichsblut, die Herrschaft der Reaktion. Das russische Proletariat wählte den Weg des Kampfes gegen die Bourgeoisie — das Resultat ist der Sieg der Arbeiterklasse, das Wachsen des Sozialismus.

Wiederum schloß sich die Führer der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften an, die Massen dem Anführer der Kapitalisten preiszugeben. Während des ganzen Verlaufes der Krise — vom 17. Dezember bis zum heutigen Tage — haben sie alles getan, um die Arbeiterklasse in Passivität zu halten. Die ausgebeuteten Massen, die hungernen Erwerbslosen, der notleidenden Mittelstand ergötzen nicht für sie. Die Führer der SPD, und der Gewerkschaften sagen es vor, sich Tag für Tag an den betrügerischen Wahnwörter der bürgerlichen Parteien zu beteiligen. Sie handeln und feilschen um die Große Koalition, um die Stille Koalition, um das Kabinett der Mitte. Sie verschwiegen den Massen die Wahrheit. Sie verniederten jeden Kampf. Sie verniederten die Reichstagsauflösung. Sie halfen den Bürgerlichen. Die einzige Tat, zu der sie sich aufswagen, war der schwächliche Eigenlobzug gegen die angeblichen „Sowjetmächten“. Sie beteiligten sich damit an der Kriegesgefahr des englischen Imperialismus.

Arbeiter und Werktätige!

Denkt daran: als der Reichsblut gegen Euch aufmarschierte, führten die sozialdemokratischen Führer keinen Finger zu seiner Bekämpfung, sondern eröffneten die schärfste und gemeinste Kampagne gegen die Sowjetunion und gegen die kommunistische Partei.

Sie handelten als Wegbereiter der Reaktion.

Jetzt war für Hindenburg der Moment zum Eingreifen gekommen. Das Finanzkapital, die Trustmagnaten und Junger fordern eine Regierung der enkelnischen imperialistischen Politik, um an der Seite Englands gegen die Sowjetunion zu rücken. Sie fordern eine Regierung der ungebremsten kapitalistischen Ausbeutung, um die Massen noch mehr zu plündern. Sie fordern eine Regierung der skrupellosen Reaktion, um die Arbeiterbewegung zu zerlegen und den monarchistischen Ausweg zu sichern.

Das Finanzkapital forderte mit einem Wort die Regierung zur Vorbereitung neuer Kriege und zur Ermöglichung der Arbeiterbewegung auf.

Alle kapitalistischen Kräfte drängten auf diese Lösung. Der englische Reichsminister erklärte die Regierungspolitik in London als die deutsche Politik im Interesse der sowjetischen Politik für erwünscht. Stresemann bestellte sich, diesem Rufe zu folgen. Die Reichswegeneralle landeten Hindenburg durch Geheer ein geheimes Gutachten, das die Reichsregierung forderte. Die katholischen Bischöfe drückten im gleichen Sinne auf das Zentrum. Die Unternehmerverbände und die Banken, der Landbau und die bayerische Regierung — alle verlangten den Bürgerblut.

Die republikanische Scheinopposition der Wirth und Koch trat zusammen. Die sozialdemokratischen Führer verrieten das Proletariat „bis zur Selbstaufgabe“ — nach den eigenen Worten ihrer Rede.

Marx, der Zentrumsführer, der gestürzte Reichskanzler, Hindenburgs republikanischer Gegenkandidat von 1926, der Reichsbannerführer, nach Hindenburgs gescheiterten Einzug und nach fast fünfzig Jahren an die Spitze des Reichsbürgerblodes. Das Zentrum erteilt ihm die Vollmacht, auf die der Schöpfer der Arbeiterbewegung, die „Bürgerliche“ Partei übertrug. Die Stresemannsche Volkspartei begrüßt Geheer, und seine Generale nehmen ihn mit offenen Armen auf. Und die Deutschnationalen, deren Führer Westarp noch vor einigen Tagen die volle Wiederherstellung der Monarchie forderte, erklären sich zum Eintritt in das Kabinett bereit. Das Finanzkapital, die Trustmagnaten und Junger haben ihren Willen durchgesetzt. Hindenburgs Auftrag ist erfüllt. Der Bürgerblut ist da.

Arbeiter und Werktätige!

Was bedeutet für Euch die Regierung des Bürgerblodes?

Sie ist die nackte Diktatur des Großkapitals, sie ist die offene Kampfrechtung gegen die Arbeiterklasse!

Die Reichsregierung treibt zum imperialistischen Krieg, zur vollständigen Reaktion und zum wirtschaftlichen Ruin des arbeitenden Volkes.

Die deutschnationale Marx-Regierung orientiert sich nach dem räuberischen englischen Imperialismus. Sie wird sich aktiv an allen Vorbereitungen zur militärischen Intervention gegen die Sowjetunion beteiligen. Sie wird die vollständigen Weltregierungen Italiens, Polens, Litauens und Rumäniens unterstützen. Sie wird Deutschland in neue imperialistische Konflikte führen. Die Regierung des Bürgerblodes wird die reaktionäre Innenpolitik durchführen, die es seit 1918 gegeben hat. Die Gegenstände zur Verschärfung des Wohlstands, zur Verpfändung der Schule und zur Verhängung des Ausnahmezustandes auf Grund des § 48 sind bereits fertig. Die Arbeiterbewegung soll auf „geistlichen“ Wege getrieben und zerfallen werden. Durch das neue Berlingsgesetz werden alle Organisationen, Versammlungen und Zeitungen der Arbeiterklasse unter Polizeikontrolle gestellt werden. Der Reichswehrminister Braun will das Koalitions- und Streikrecht durch ein System behördlicher Verbindlichkeitsverpflichtungen und Haftbarmachung der Gewerkschaften zunächst machen. In der Reichswehr, Justiz und Polizei, in der Verwaltung und im ganzen Lande sollen die Monarchisten noch mehr als bisher freie Hand bekommen. Die italienischen Zeitungen begrüßen Hindenburg bereits als den deutschen Mussolini und die Reichsregierung als den Übergang zum Faschismus in Deutschland.

Die Wirtschaftspolitik wird bis zum äußersten die Nationalisierungsoffensive der Trustkapitalisten und den Wucher der Großgrundbesitzer unterstützen. Neue Forderungshöhen und neue Steuererhöhungen für die Bourgeoisie stehen bevor. Durch die Aufhebung jedes Mieterschutzgesetzes, durch den 130prozentigen und noch höheren Mietschutzwucher, durch den Hausbesitzer die Pflünderung der werktätigen Mittelklassen, deren Steuerlasten noch drückender gestaltet werden sollen.

Die Junkerklasse erhält neue Geschenke auf Kosten der Kleinbauern und Pächter.

Die Sparrer und Kleinrentner haben keine Aufwertung, sondern

nur steigende Teuerung und erhöhte Steuern zu erwarten.

Die Sozialpolitik der Reichsregierung wird sich mit rücksichtsloser Schärfe gegen die Arbeiterklasse richten. Jeder Schritt dieser Regierung wird unmittelbar von den Unternehmern geführt. Keinen Pfennig Lohnminderung, sondern weitere Verschärfung der Hungerlöhne! Keinen Gedanken an den Lohnstundentag, sondern weitere Verlängerung der Arbeitszeit! Keine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, sondern Verschärfung der Affordärte und Verschärfung des Antreibensystems! — Das ist die Sozialpolitik des Bürgerblodes. Die Erwerbslosigkeit wächst ununterbrochen. Allein im Dezember flogen 300 000 Arbeiter auf die Straße, 17 Prozent der deutschen Industriearbeiter sind arbeitslos. Durch den Abbau der Erwerbsloshilfe soll ihnen die letzte elende Unterstützung geraubt werden. So will es Hindenburg und das Trustkapital.

Arbeiter und Werktätige!

Ihr seht, welche Gefahren Euch drohen!

Ihr alle steht vor der Wahl, Euch widerstandslos in größeres Elend, verschärfte Knechtschaft und neue Kriege treiben zu lassen oder den Kampf gegen das regierende Großkapital aufzunehmen.

Die sozialdemokratischen Führer, die für Hindenburg den Weg bereitet haben, lassen Euch wie immer im Stich.

Die Gewerkschaftsführer verhandeln mit den Schammascharen und ihren Vertretern in der Regierung. Sie machen parlamentarische Vorstöße, die den Arbeitern nichts nützen und sabotieren den Kampf der organisierten Arbeiter.

Die Politik der Arbeitergemeinschaft mit den Unternehmern und der Koalition mit dem Bürgerlichen, die Politik der Kommunibene und des Kampfes gegen die proletarische Einheitsfront — diese Politik des künftigen, jahrelang konsequent betriebenen Arbeiterkongresses erlebte jetzt ihren schändlichen Zusammenbruch. Die sozialdemokratischen Führer verdrängen Euch die Befreiung Eurer Lage, die Sicherung der demokratischen Republik und die Wahrung des Weltfriedens. Vom Namen der Koalitionspolitik operieren sie Eure brennendsten Lebensinteressen. Die Bourgeoisie hat sie als Werkzeug benutzt, um sie jetzt erbärmlich fortzuwerfen. Die sozialdemokratischen Führer sind bankrott. Alle ihre Versprechungen haben Euch getrogen. Nicht Arbeitergemeinschaft, sondern Klassenkampf, nicht Zerstückelung, sondern Stärkung und Zusammenfassung der Gewerkschaften, das ist die Lösung aller Klassenbewußten Arbeiter.

Zwei Kassenfronten stehen sich in Deutschland über und unerschütterlich gegenüber.

Dort die Front aller Kapitalisten, Junger, Reaktionäre und Generale unter Führung Hindenburgs und der Reichsregierung.

Hier die Front aller Werktätigen und Ausgebeuteten, die Front der Arbeiter, der Erwerbslosen, der geplünderten Mieter, der notleidenden Mittelklassen und der schaffenden Bauern unter Führung des Klassenbewußten Proletariats.

Die kommunistische Partei ruft die 20 Millionen deutscher Arbeiter, die Millionen des ganzen werktätigen Volkes auf, dem häufigsten kapitalistischen Ausbeuter und seinem Regierungsbloed entgegenzutreten.

Freiwerkschaftliche, Hirsch-Dunckerse und Zentrumsarbeiter, Arbeiter und Werktätige aller Richtungen, schließt Euch zusammen für die Erklärung folgender Mindestforderungen:

1. Der achtstündige Maximalarbeitsstag und die Stundenzahlung für Berg- und Schmarbeiter.
2. Höhere Löhne und Verhinderung jedes Lohnabbaues.
3. Arbeit für Arbeitslose und Erhöhung der Unterbringung um 40 Prozent. Ausbau der Sozialfürsorge.
4. Verbot jeder Mietershöhung, volle Wiederherstellung und Ausbau des Mieterschutzes.
5. Steuererleichterungen für Kleinrentner, Kleinrentner und Kleinrentner, Beteiligung der Massen Belakenden Steuern.
6. Gegen die Kulturreaktion, gegen die Verpfändung der Schule.
7. Beteiligung der Monarchisten aus der Reichswehr und sofortige Entfaltung Geheers.
8. Sofortige Amnestie und Freilassung aller politischen Gefangenen.
9. Gegen Stresemanns imperialistische Kriegspolitik, lehne weg von Sowjet-Rußland! Verhinderung der Interventionen durch aktive proletarische Solidarität.
10. Sofortige Auflösung des Reichstages und Neuwahlen.

Das sind die dringendsten Forderungen aller Werktätigen. Die kommunistische Partei richtet an die Arbeiter

in den Betrieben und Gewerkschaften, in allen proletarischen Organisationen die Aufforderung, zu diesen Forderungen Stellung zu nehmen und mit ihrer ganzen Kraft den einseitigen Klassenkampf zu organisieren.

Diese Forderungen können nur in härtesten Klassenkampf, nur durch die außerparlamentarische Mobilisierung der Massen durchgeführt werden.

Eine wirkliche Sicherung der Durchführung dieser Forderungen, die endgültige Beseitigung des nachdenkenden Stands der arbeitenden Massen, die völlige Abwehr der Gefahr der falschrichtigen Diktatur und des imperialistischen Vorkriegsrisikos ist nur möglich durch eine Revolution, die die Massen in die Lage versetzt, die die Staatsmacht in die Hände der Arbeiter zu übergeben, die die Produktion in die Hände der Arbeiter überträgt und die Produktion in die Hände aller Werktätigen organisiert. Nur eine Arbeiter- und Bauern-Regierung kann die Entschärfung und Unterdrückung jeder Reaktion, die sofortige Nationalisierung der Banken und der Großindustrie, die Freimachung der großen Wohnungen für die Werktätigen durchzuführen und das feste Bündnis mit der Sowjetunion schließen.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Der Bürgerkrieg bedroht eure wirtschaftliche und politische Existenz.

Gegen den Völkerverrat der reaktionären Bourgeoisie müssen wir die kampfbereite proletarische Einheitsfront organisieren. Die Unzufriedenheit und Empörung der Massen muß in organisiertem und geschlossenem Kampf den Ausweg schaffen. Es gilt, den erbittertesten Kampf gegen den kapitalistischen Rechtskurs zu führen.

Nieder mit dem Hindenburgischen Bürgerblut!

Auflösung des Reichstages und Neuwahlen!

Gegen die imperialistische Kriegsgesahr!

Für das Friedensbündnis mit der Sowjetunion!

Kampf für die Arbeiter- und Bauernregierung!

Berlin, den 25. Januar 1927.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands

Sektion der Kommunistischen Internationale

Die gefällige Märzgrüßer

Militärisches Landesratsverfahren des „Volksblatt“

Nach dreitägigem Schweigen hat sich die holländische Ausgabe des sozialdemokratischen „Volksblatt“, ausgeführt und seinen Lesern endlich mitgeteilt, daß nach der Bekanntmachung des Reichswahlminderungs von einem Landesratsverfahren gegen Künftler, bzw. von einer entsprechenden Auslegung des Reichswahlminderungs, keine Rede sei. Aber was ist das „Volksblatt“? Um den billigen Propagandakrieg von Künftler zu erhalten und als Künftler Teilhaber daran beteiligt zu sein, erklärt es aus „einer Quelle“ zu wissen, daß in den Reihen des Oberbefehlshabers die Frage eines Landesratsverfahrens nicht nur gegen Künftler, sondern auch gegen die verantwortlichen Redakteure der sozialdemokratischen Zeitungen - erörtert wurde!

Gegen kommunistische Arbeiter und Redakteure werden Tag für Tag Hochverratsverfahren und Landesratsverfahren fabriziert. Dies werden zu immer neuen und Justizkassationen verurteilt. Gegen Künftler und Konstanten wird kein Landesratsverfahren eröffnet. Davon ist keine Rede. Die Schlingel des englischen Imperialismus können ruhig ihren Giftgeschwürbel weiterführen. Aber die Frage des Landesratsverfahrens wurde „erörtert“.

Wir haben nicht zu gute Beziehungen zu den Kreisen des Oberbefehlshabers als die SPD und können daher nicht feilschen, inwieweit diese Behauptung des „Volksblatt“ stimmt. Jedenfalls ist es aber nicht weiter gekommen als zu einer Erörterung der Frage. Da dürfte doch dem Redakteur das Herz nicht in die Hose fallen.

Interessant ist aber folgendes: Das „Volksblatt“ schreibt: „Wir glauben, das „Volksblatt“ erklärt offen, daß die sozialdemokratische Presse auf „nationalistischer Basis“ handelt. Sie protestiert dagegen, daß man „deutsche Fabrikationsmethoden“, „deutsche Staatsgeheimnisse“ an den „russischen Militarismus“ verzeihen hat. Dies nationalpatriotische Landesratsverfahren in einer sozialdemokratischen Zeitung wäre nur ein Zeichen, daß die sozialdemokratische Presse auf „nationalistischer Basis“ handelt. Sie protestiert dagegen, daß man „deutsche Fabrikationsmethoden“, „deutsche Staatsgeheimnisse“ an den „russischen Militarismus“ verzeihen hat.

Die nationalpatriotische Landesratsverfahren in einer sozialdemokratischen Zeitung wäre nur ein Zeichen, daß die sozialdemokratische Presse auf „nationalistischer Basis“ handelt. Sie protestiert dagegen, daß man „deutsche Fabrikationsmethoden“, „deutsche Staatsgeheimnisse“ an den „russischen Militarismus“ verzeihen hat.

Arbeiterparlament Halle bleibt rot

Vormarsch der kommunistischen - Kandidat der sozialdemokratischen Delegiertenämtern

Gestern Abend fand im „Volksplatz“ die Generalsammlung der Delegierten zum Sozialrat statt, um einen Bericht über die Tätigkeit des vergangenen Jahres entgegenzunehmen und die Neuwahl zu tätigen. Alle 54 Delegierte waren anwesend. Das Sozialrat wurde in einem geschäftigen Gange für die Sportgenossen der SPD. Während das Stimmenergebnis im vorigen Jahre für die SPD, 28, für die SPD, 17 betrug, konnte die SPD, diesmal die Anzahl von 40 Delegierten auf sich vereinigen, während die SPD, sogar noch drei Stimmen verlor und nur 14 Stimmen aufbringen konnte. Dies ist ein Beweis dafür, daß der Vorstoß des Sozialrats zu verstanden hat, im revolutionären Jahre nicht nur die ihm entgegengebrachten Sympathien zu halten, sondern auch darüber hinaus eine Anzahl von Delegierten von der politischen Tätigkeit und guten Sozialarbeit des Vorstandes zu überzeugen. Der Vorstand leitete sich folgendermaßen zusammen: Erster Vorsitzender: Sportgenosse Dietel (SPD), Zweiter Vorsitzender: Kautz (Sportgenossen), Dritter: Kautz (SPD), Vorsitzender: Als Vorsitzender wurde ein Sportgenosse von der SPD, mit in die Leitung genommen. Somit liegen alle wichtigen Funktionen in der Hand der SPD.

500 Millionen innere Anleihe des Reiches

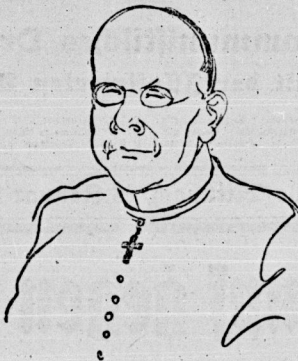
Die Reichsregierung hat beschlossen, einen Betrag von 500 Millionen Reichsmark Sportgenossen deutscher Reichsanleihe zu begeben. Von diesen werden 300 Millionen Reichsmark durch eine Gruppe von Banken in Deutschland herauszubringen. Die restlichen 200 Millionen sind schon im Umlauf. Die Zeichnung findet in den Tagen vom 2. bis 11. Februar statt.

Wir kommen auf die Bedeutung der ersten großen Inlandsanleihe nach dem Kriege in unserer Wirtschaftspolitik noch zurück.

Heute soll das Programm werden, frisch Gefellen, leid zur Hand ...

(Eig. Draht.) Berlin, 26. Januar.

Die Parteiführer des Bürgerblocks verhandeln gestern über die Formalisierung des Regierungsprogrammes. Sie wollen im Laufe des heutigen Mittwochs dieses Programm zusammengefaßt haben. Die Demokraten wollen auf die Fertigstellung warten, um dann zu erklären, ob sie mit in die Regierung gehen oder nicht. Die demokratischen Schund- und Schamgelehrten halten also immer noch, in die Gemeinschaft der Großindustriellen, Banken und Junker aufgenommen zu werden. Obwohl offiziell erklärt



wird, daß die Verleumdungen noch nicht erörtert worden sind, ist der Schacher um die Ministerposten schon sehr lebhaft geworden. Die Sozialdemokraten verlangen 3 oder 4 Ministerposten für sich. Das Zentrum beanprucht für sich auch mehrere Sitze. Die Deutsche Volkspartei, die in Gefahr ist, bei der Verteilung der Ministerposten in Bezug zu kommen, wendet sich darum offiziell gegen das sozialdemokratische Überwiegen des sozialdemokratischen Einflusses. Die Zentrumshandlung glauben, in einer offiziellen Erklärung die allgemein bekannten Geheimverhandlungen abzuwehren zu können. Aus diesem fremdenlichen Geräuße der Bürgerblockler um die Ministerposten schöpfen die SPD-Führer schon wieder neuen Mut. Der „Vorwärts“ schreibt, daß das „wahre Verstecken“ nicht sei. Die wahre Liebe hätten nur die SPD-Führer zum Zentrum und zum Großkapital. Sie legen also ihre Koalitionsparole fort.

Berliner Metallarbeiter kündigen den Laiz

(Eig. Draht.) Berlin, 26. Januar.

Auf der am gestrigen Abend stattgefundenen Versammlung der freigeberischen Funktionäre aus den Betrieben des Verbandes Berliner Metallarbeiter wurde der am 31. März 1927 ablaufende Rahmenvertrag, der zwischen dem Metallarbeiterverband und dem VBBZ abgeschlossen ist, gelündigt, wozu 150.000 Metallarbeiter und Arbeiter und indirekt 50.000 Angestellte betroffen sind.

Auch die Berliner Buchdrucker lehnen ab!

(Eig. Draht.) Berlin, 26. Januar.

Die am 24. Januar abends statt beschlossene außerordentliche Generalversammlung der Berliner Buchdrucker lehnte einmütig den bekannten Arbeitsvertrag ab.

Waffenfundgebung in Berlin gegen Bürgerblut

(Eig. Draht.) Berlin, 26. Januar.

In Berlin fand gestern eine vom Bezirksausschuß der Werktätigen für Berlin-Brandenburg einberufene öffentliche Waffenfundgebung gegen den Bürgerblut für die geschlossene rote Front der Werktätigen statt.

Ausgliederung in der SPD.

(Eig. Draht.) Breslau, 25. Januar.

Der sozialdemokratische Parteivorstand hat den Ausgliederungsbescheid Wilm Reijer, Mitglied des Bezirksbüros der Reichsbahnverwaltung Breslau, aus der SPD, ausgeschlossen.

Her mit der internationalen Gewerkschaftseinheit!

Die IGG, für den Vorkämpfer der Freiheits-Internationalen

Aus dem veröffentlichten Bericht des Volksbüros der Roten Gewerkschaftsinternationale von seiner Sitzung am 11. Januar entnehmen wir, daß die IGG, den Vorkämpfer der Internationalen der proletarischen Freiheits in Wien für eine Vermittlung zur Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit begehrt. Es wurde beschlossen, das Unbehagen der Freiheits-Internationalen anzunehmen und sich bereit zu erklären, für jedwede offizielle oder inoffizielle Beratung mit Vertretern des Internationalen Gewerkschaftsbundes Amsterdam, falls es der Internationale der proletarischen Freiheits Wien gelingt, auch dem Amsterdamer Gewerkschaftsbund eine Zusage auf ihren Vorkämpfer als Vermittler zur Einberufung einer gemeinsamen Sitzung zu erhalten.

In dem Bericht des Volksbüros der IGG, kommt zum Ausdruck der Wille, gemeinsam mit Amsterdam und mit Hilfe seitens der Freiheits-Internationalen über die praktischen Fragen und Mittel der organisatorischen Vereinigung der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu einer einheitlichen, allumfassenden Internationale zu verhandeln.

Diese Stellungnahme der IGG, zum Vorkämpfer der Freiheits-Internationalen wird sicherlich nicht nur in den Reihen der gesamten Arbeiterklasse, sondern auch besonders von den Freiheits- und allen Gewerkschaftsmitgliedern begrüßt werden.

Ihre Aufgabe wird es sein, den Schritt der Freiheits-Internationalen zu unterstützen und sich in den Gewerkschaften dafür einzusetzen, daß der Vermittlungsversuch seitens der Freiheits-Internationalen zum Erfolg führt.

Coal gegen Spalter und Spaltungsgerichte

(Eig. Draht.) London, 25. Januar.

Nach der Konferenz der Gewerkschaftsvertreter trat Coal mit Bergarbeiterverband den von den Amsterdamer ausgebreiteten Gerüchten über die Spaltungsabsichten seitens seines Verbandes entgegen und erklärte, daß der Versuch, eine Spaltung in ihre Reihen hineinzubringen, nur den Unternehmern in die Hände arbeiten würde. Coal hält es für die größte Aufgabe, die Verbände zu reorganisieren, um den Generalrat für die zukünftigen Konflikte zu führen. Das Vertrauensverhältnis für den Generalrat bedeutet die Verurteilung des Bergarbeiterkampfes, ein Urteil,

das von den Klassen sicher nicht geteilt wird, zumal das Vorkommen des Unternehmern ein Argument in die Hände gibt, um die Köpfe aller Arbeiterkategorien zu fügen.

Offensive der Kantontuppen

(Eig. Draht.) Schanghai, 26. Januar.

Der Rückzug der Engländer aus Mittel- und Westchina banert an. Die Lage in Janan ist unübersichtlich. Die Selbstregierung hat in einem Manifest die völlige Unabhängigkeit Chinas als unverrückbares nationales Ziel verlangt und zugleich ihre Verweigerung zu Verhandlungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung erklärt. Die Selbstregierungen haben in der Provinz Tschinghai die Offensive eröffnet. Nach der Niederlage des Generals Sunhsuanjan erscheint Hanghsiau bedroht.

Die größte militärische Mobilisierung seit dem Kriege

(Eig. Draht.) London, 26. Januar.

Der „Daily Herald“ überreicht seinen Bericht über die Truppen- und Munitionsendungen nach China und die Anordnung der kleinen Mobilisierung: „Die Einberufung der A-Korpsen ist die größte militärische Vorbereitung seit dem großen Kriege.“ Diese Kennzeichnung charakterisiert den Ernst der Lage. Der „Daily Herald“ stellt fest, daß die englische Regierung seit Beginn der Kämpfe in China noch nie so viel Truppen und Schiffe dorthin geschickt habe.“

Sinowjew über die Kriegsgelahr

(Eig. Draht.) Moskau, 24. Januar.

Sinowjew hat zum Todestage Lenins in der „Pravda“ eine längere Betrachtung über Lenin veröffentlicht, in welcher er auch die durch die imperialistischen Mächte heraufbeschworene Kriegsgelahr zu sprechen kommt. Er erinnert daran, daß Lenin immer wieder daran erinnert habe, daß der Sozialismus nur durch die feindliche Angriffe bereit sein müsse. Sinowjew ist der Meinung, daß jetzt der Moment gekommen ist, wo diese Mahnung eindringlich wiederholt werden muß.

Vor dem Verkehrsstreik in Polen?

(Eig. Draht.) Warschau, 26. Januar.

Die Vertreter der Vereinigten Verbände der Staatsbeamten des Telegraphenwesens sind in den militärischen Fabriken der Arbeit begeben. Es werden Gewehre, Artilleriemunition und Kanonen hergestellt werden, außerdem werden die Arbeiter jährlich 200 Flugzeuge bauen können. Einige Fabriken sind von der Grenze ins Innere verlegt worden. Was den Grenzschutz betrifft, so sind die Grenztruppen verlegt worden, um die bisher ungeklärten Grenzen zu bewachen. Auf die Senkung eines Monatsgehältes und die Erhöhung der Gehälter um 25 Prozent. Die Leitung der Verbände kündigt an, im Falle erneuter Ablehnung ihrer Forderungen den Streik zu proklamieren, ohne Rücksicht auf die dadurch erfolgende Stilllegung des gesamten Verkehrsnetzes.

Der Weltfrieden marschiert

Jugoslawiens Kriegsauslösung

Bei Beratung des Komitees Seeressens im Annonaschub erklärte Kreisminister General Sabljica: „Trotz im kommenden Frühjahr in den militärischen Fabriken der Arbeit begeben. Es werden Gewehre, Artilleriemunition und Kanonen hergestellt werden, außerdem werden die Arbeiter jährlich 200 Flugzeuge bauen können. Einige Fabriken sind von der Grenze ins Innere verlegt worden. Was den Grenzschutz betrifft, so sind die Grenztruppen verlegt worden, um die bisher ungeklärten Grenzen zu bewachen. Auf die Senkung eines Monatsgehältes und die Erhöhung der Gehälter um 25 Prozent. Die Leitung der Verbände kündigt an, im Falle erneuter Ablehnung ihrer Forderungen den Streik zu proklamieren, ohne Rücksicht auf die dadurch erfolgende Stilllegung des gesamten Verkehrsnetzes.“

Ablehnung beider Abtriftsanträge in Norwegen

Oslo, 25. Januar.

Das Storting hat mit allen gegen 23 Stimmen den Abtriftsantrag der Arbeiterpartei abgelehnt, ebenso mit 106 gegen 89 Stimmen den weiteren Antrag der Arbeiterpartei, für den Betriebsunfallversicherung eine Höchstgrenze von 25 Millionen Kronen jährlich festzusetzen.

Der dritte Todestag Lenins in Moskau

Am dritten Jahrestage des Todes Lenins wurden in der ganzen Sowjetunion zahlreiche Trauerveranstaltungen abgehalten. In Moskau fand im Großen Theater eine Gedächtnisfeier statt, in deren Verlauf die Genossen Kollontaj, Gorki und andere Reden hielten. Das Lenin-Mausoleum auf dem Roten Platz wurde von Zehntausenden besucht, darunter von einer großen Anzahl Bauern, die eigens zu diesem Zwecke aus der Provinz eingetroffen waren.

Es trifft auch in Dänemark

(Eig. Draht.) Kopenhagen, 25. Januar.

Die politische Situation in Dänemark, die schon erhit ist durch verheerende Regierungsmaßnahmen gegen die Beamten, hauptsächlich gegen die Eisenbahnbeamten, deren Schlichtungsansprüche durch den Reichsminister aufgegeben wurden, macht sich kriegerisch. Eine Wahlstrafe jüdische Regierung und Reichstag, und damit eine neue politische Krise ist unausweichlich.

Das Berliner Stadtparlament gegen die Freigabe gewerblicher Räume

Die Berliner Stadtordnungsverwaltung befristete sich gestern mit der Herausgabe der gewerblichen Räume aus der Zwangsverwaltung und nahm die Anträge auf sofortige Aufhebung der betreffenden Verordnung des preussischen Volksbildungsministers an.

Zwan Rottler aus der Haft entlassen - Eliaz wandert ins Gefängnis

Berlin, 24. Januar.

Die Erste Große Strafkammer des Landgerichts I in Berlin verurteilte heute, dem Antrage der Reichsregierung Zwan Rottler aus der Haft zu entlassen. Sie ließ sich damit dem Gutachten des mehrjährigen Sachverständigen Prof. Dr. H. S. an, der erklärt hatte, es beflebe Lebensgefahr für Rottler. Gestern vorzeitig wurde der bekannte Schreiber Eliaz verurteilt und ins Gefängnis abtransportiert.

Die Amsterdamer belieben auch zu protestieren

(Eig. Draht.) Amsterdam, 26. Januar.

Das Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat in einem Schreiben an den Präsidenten der Republik Litauen gegen die Unterdrückung der litauischen Gewerkschaften Protest erhoben.

Weltwirtschaftskonferenz - Sowjetregierung lehnt ab

(Eig. Draht.) Moskau, 25. Januar.

Die Sowjetregierung erklärte, daß sie die an sie ergangene Einladung zur Weltwirtschaftskonferenz nicht annehmen wird. Die Weltwirtschaftskonferenz wird als Einladung betrachtet, die als Versammlung der Welt der Schweiz angedeutet ist.

Gewerkschaftsbewegung

Weitere Erfolge der Opposition

In Remmard wählte die Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes eine Leitung aus oppositionellen Kollegen.

Die Generalversammlung des Einheitsverbandes der Eisenbahner, Dringruppe Wittenberg, wählte 3 SPD, 2 SED und einen parteilosen Kollegen in die Ortsleitung. Als Kartellbedeugte wurden 2 Kommunisten gewählt.

Die Jahreshilfe des Bergarbeiterverbandes wählte zwei SPD- und drei KPD-Kollegen in die Ortsleitung. Der alte Vorstand enthielt nur zwei Kommunisten. Diese bestanden jetzt aus den Parteimitgl. B. und 2. Vorsitzenden.

Im Ortsverband in Osterode wurden nur Kommunisten mit der Leitung beauftragt, und das, obwohl Verwirre von Halle anwesend war. Bericht folgt.

Im Fabrikarbeiterverband, Dringruppe Stahleberg, wurde ein oppositioneller Vorstand gewählt. Durch die gute Arbeit der Kommunisten hat die Dringruppe in letzter Zeit 300 neue Mitglieder gewonnen. Ein SPD-Mann, der frühere Ortsangehörige des Fabrikarbeiterverbandes, verfuhrte mit allen Mitteln, der Opposition eine Niederlage zu bereiten. Dennoch sind von den 13 in die Ortsverwaltung gewählten Kollegen drei parteilose, drei Sozialdemokraten und sieben Kommunisten.

Ergänzend melden wir, daß bei der Wahl der Ortsverwaltung des DMB in Cronenberg (Bergisches Land) die Liste der Opposition 149, die der Reformisten 10 Stimmen erhielt.

Nach in Remmard konnte die Opposition auf der am 13. Januar tagenden Generalversammlung des Baugewerksverbandes ihren mächtigen Einfluß zum Ausdruck bringen, indem von der Opposition zwei Kollegen in den Vorstand gewählt wurden.

Bei der Ortsverwaltungswahl der Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes in Remscheid wurde die oppositionelle Liste gegen nur 1 Stimme gescheitert. Die Liste leitete sich aus 5 Kommunisten, 2 Sozialdemokraten und 1 Sozialdemokraten zusammen. 1924/25 hatte die Opposition keinen einzigen Genossen in der Ortsverwaltung. Jetzt wird dagegen der Wahlkampf von der Opposition geleitet!

Das „Bolschewik“ zur Metallarbeiterwahl in Halle

Die Sozialdemokraten sind über ihre Niederlage bei den Metallarbeiterwahlen in Halle sehr bedrückt. Das kann man verstehen, wenn man weiß, was für gewisse Leistungen von diesen Leuten gemacht worden sind, um die „perfidie Opposition“ zurückzuführen. Ein oppositioneller Kollege hatte zufällig das Vergnügen, vor der Wahl dem Gespräch einiger fortgeschrittener Gewerkschaftler über die Metallarbeiterwahlen beizutreten. Dabei folgte ein bekannter baunummer Oberboje auf den Tisch und bemerkte: „Es wäre doch schade, wenn wir die Wahl nicht die Mehrheit im halleischen Metallarbeiterverband erhalten würden!“

Man, nach der Wahl nicht mehr, man aber verleumdete, um schreit herum in der Überzeugung, der Bericht über die Wahl im „Bolschewik“ der Arbeiterbewegung nicht zurecht zu machen, die Kommunisten bestimmen das los.“

Was ist Wahres an dieser Behauptung? Für die Sozialdemokraten sprach der SPD-Mann T. u. M., der am Schluß seiner Ausführungen einen anderen SPD-Mann vorfragte. Ein Antrag auf Schluß der Debatte, der von den Arbeitern gestellt worden war, wurde angenommen, um damit nach der Diskussion abzuhaken.

Die Sozialdemokraten sind doch wirklich nicht so dumm, zu glauben, daß es Erbsenbündelungen wäre, durch eine Rede die 175 Stimmen zu erhöhen. Aber darauf kommt es ja gar nicht an. Man bemerkt die Tatsache, daß endlich einmal Schluß mit der Debatte gemacht werden mußte, um die Opposition zu befriedigen. Daß man die Gelegenheit nicht benutzte, um die Mitglieder des Frontkämpferbundes, die gleichzeitig Mitglieder des Metallarbeiterverbandes sind, in den Dreck zu ziehen, verriet sich bei diesen Leuten am Rande. Es wird geradezu humoristisch, wenn das „Bolschewik“ die „Internationale“ als Kampfbild für die heutige 2. Internationale bezeichnen will. „Uns zu u. a. in einem U. a. können wir uns selber tun“, heißt es u. a. in diesem U. a. Wenn diejenige und den damit verwandten Gedanken die SPD-Gewerkschaftler im alten Sinne von Marx und Engels nachschärfen würden, hätten wir die gewerkschaftliche Einheit unter klarer Klassenführung, so wollen die Leute die Arbeiter „erschlagen“ im Verein mit den Feinden der Arbeiterklasse, den Kapitalisten! Was die falsche Politik der reformistischen Gewerkschaftsorganisationen auch folgende Stellen aus der „Internationalen“, „Ceres Wort der Armen Rechte, leeres Wort der Reichen Recht.“ Diese Politik der letzten Worte haben die Gewerkschaftsorganisationen Metallarbeiterverband in Halle schon mehrfach wiederholt wiederholt, die Opposition und gegen die Wortabstimmung im Arbeiter bestimmt.

Achtundzwanzig trotz allem!

So verhielt sich gegen Rathaus der „Bolschewik“ in einem Epochenartikel der Dienstausgabe dieser Woche und meint, das ganze Geheimnis der Regierungspolitik liege in der Umwandlung der Arbeiterbewegung. Wenn man diese Feststellung so aufstellt, daß damit alle Leistungen der Arbeit, die im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft möglich sind, preisgegeben werden sollen, wollen wir dies schon jetzt ablehnen. Aber es ist nicht so, wie die Sozialdemokraten nicht! Sie wollen den Arbeiter die Meinung einimpfen, als ob wohl eine bürgerliche Regierung die Arbeiterbewegung abwürgen wird, daß das aber niemals eine große Koalitions-Regierung sein würde.

Dieser Schein, der hier auf seltige Art erweist wird, trägt! Denn nur an die Ergründlichkeit, die uns die Regierung der Großen Koalition bisher gebracht haben! 1923 brachte sie eins z. B. Den Abzug des „Achtundzwanziger!“

Der SPD-Kommi ist auch gar nicht auf den Achtundzwanziger an. Dieses Argument brauchen sie hier schon Vermehrung ihrer Aktionsmöglichkeit gegenüber den linken SPD-Arbeitern und als Agitationsmittel unter der indifferenten Masse der westfälischen Bevölkerung.

Erstmal diesen Schwundell bringt durch die Steigerung des Kampfes um den Achtundzwanziger die reformistischen „Führer“, habe zu bekennen!

Sieg der Opposition im Bauergewerksbund Lützen

Am Sonntag war Frische Wenisch aus Merseburg persönlich nach hier gekommen, um die Wahl des Vertrauensmannes Körpers im Bauergewerksbund vorzunehmen.

Auch in diesem Falle verfuhrte Wenisch durch Redereien die Mitglieder davon zu warnen, Kommunisten zu wählen und erklärte sich, selber, die Vorläufige zu wählen. Selbstverständlich wurde unter den alten „Freund“ von unieren Genossen kräftig in die Suppe gepufft.

Sämtliche Funktionärskörper wurden gegen ganze fünf Stimmen von unieren Genossen gewählt.

Als Frische keine Fälle fortzuschreiben sehen mußte, fiel er ganz aus der Rolle. Um seinem Vorgesetzten zu machen, erklärte er nicht, er gewollte dafür zu sorgen, daß eine Bekämpfung nicht er folgen würde. So haben diese SPD-Genossen auch in dieser Wahl die Partei die Partei nicht zu lassen haben, glauben sie, die falsche Methode und in der Gewerkschaftsbewegung angewandt zu können. Damit wird natürlich frische Wenisch bei den hiesigen Bauarbeitern keinen Stempelstein gewinnen können. Die hiesigen Bauarbeiter haben keine Zeit, nur Beiträge zu zahlen, sondern sie erwarten, daß sie über die Führung der Verbandsgeschäfte mitzuentscheiden haben.

Auch in dieser Versammlung ist so manchem Kollegen ein Licht aufgegangen, was dieser angebliche Gewerkschaftsführer plant.

Wie die Reformisten im Eilenburger Holzarbeiterverband „siegten“

Zutrigenpiel — Versammlungsbeschlüsse werden mit Fäßen getreten — Mitglieder, trotz vieler Bergewaltigung!

Man ist von den führenden Eilenburger SPD-Holzarbeiter schon manchen, gereizt. Was sie sich aber in der am 21. Januar tagenden Versammlung erdreistet haben, übersteigt wohl alles bisher Dagewesene. Die Tatsache, daß man vom Vorstandswahl in dieser Weise abspizigt und unter völliger Abwendung der vom Hauptvorstand herausgegebenen Wahlregeln einen neuen Vorstand ihrer Rechte, die wohl befristete besteht. Wie haben sich die Dinge abgepielt.

Der Kollege Denter besaß in seinem Geschäftsbericht das mangelnde Interesse der Kollegen gegenüber der Tätigkeit des Verbandes, was vor allem in dem faulen Besuch der im vergangenen Jahre stattgefundenen Versammlungen zum Ausdruck gekommen wäre. In der Diskussion ging unter Kollege F. L. H. dieser Tatsache näher auf den Grund und hielt an Hand von Beispielen fest, daß die Taktik und die Methoden der Gewerkschaftsorganisation in erster Linie die Ursachen sind, die die heutige Flaute und Interesslosigkeit unter den Mitgliedern hervorgerufen haben. Die Massen haben kein Vertrauen mehr zu den Gewerkschaftsführern; ihre Arbeitsgemeinschaftspolitik erwidern sie immer mehr von dem Rücken. Der SPD-Kollege Richard Schumann erklärte, die Ausführungen des Kollegen nicht widerlegen zu können, indem er von einer „alten Fäule“ sprach, und erklärte, daß die Führer nur von einem anderen Handeln können, wenn die Massen aufgemacht und so eingeschult bekommen sind. Das ist eine Auffassung, die eines jeden fortschrittlichen Reformisten wertvoll macht. Es wäre aber trotzdem nicht verdinglich können, daß die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft eines Tages erkennen wird, daß sich die Gewerkschaften unter reformistischer Führung auf falschem Wege befinden, und daß sie die jetzigen Führer, die nichts tun, um durch breite Massenarbeit die Angriffe der Unternehmer abzuwehren, dazulassen wird.

Am 2. Punkte der Tagesordnung, Neuauflage, stellte der parteilose Kollege Sanger den Antrag, die Verwaltung partiellisch zu wählen. Beide Kollegen wiesen in ihrer Begründung darauf hin, daß die Intellektualität der Kollegen am Orte auch darauf zurückzuführen sei.

Vom 7. Gewerkschaftsstatut der Sowjetunion



Kommi, der Vorsitzende des Zentralen Gewerkschaftsrates der Sowjetunion mit den Delegierten der Jugend.

Selbst ein Kollege, der immer noch Feinden für einen „antifunktionären Keil“ gehalten habe, erklärte uns, daß Größe in ein großer Stromer sei, hätte sich nicht geändert.

Wir können mit der Arbeit unierter Kollegen im Bauergewerksbund zufrieden sein. Sollen wir, daß auch in den übrigen Orten die Kollegen „hören“ öfters einmal eine derartige Niederlage bereiten, dann wird „Freige“ bald abgemerkt sein haben und die Bahn wird sein für eine gute Gewerkschaftspolitik. Wir nehmen an, daß der Hauptvorstand es nicht wagen wird, die Funktionäre nicht zu bestrafen. Hoffentlich, daß die hiesigen Genossen im letzten Jahre im „Achtundzwanziger“ gearbeitet haben. Unsere Bemerkungen haben den Ausgang der Abdrückung Wenischs mit Ruhe entgegen. Wir werden dann sehen, wo die Gewerkschaftsleiter und die Diktatoren sitzen!

Vormarsch im Eisenbahnerverband Delitzsch

Bei der am 21. Januar tagenden Generalversammlung des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands wurden in den Ortsgruppen gewählt: 7 KPD, 2 Genossen. Von den anderen Funktionären gebildet, 7 SPD, 2 Genossen. Folgende Entschließung wurde einstimmig auch von den SPD-Kollegen angenommen:

„Die am 21. Januar 1927 gut die Generalversammlung des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands beauftragten ihren Hauptvorstand sowie die Landesleitung, in Anbetracht des erwachsenen, ihrer Partei von drei Millionen, die Schritte zu unternehmen, die die vollständige Reichsregierung das beantragte Anrecht (sofern die vollständige Durchführung des Achtundzwanziger) bei ihrem Zutritt sofort durchführt.“

Es ist erfreulich, daß diese im Verrieh stehenden Kollegen die Notwendigkeit der Unterbrechung des Kampfes der Arbeitslosen erkannt haben. Was von der kommenden Reichsregierung für die Gewerkschaften zu erwarten ist, ist für unsere Partei bestimmt keine Lebensversicherung; sie wird als bürgerliche Regierung nur die Interessen der Bourgeoisie vertreten. Darum gibt es, den Kampf für eine Arbeiter- und Bauernregierung mit verstärkter Kraft zu führen. — Eine andere Resolution richtete sich gegen den Terror in Litauen.

Gewerkschaftsstatut Wittenberg gegen den Terror in Litauen

Gewerkschaftsbeamter Debbin macht Propaganda für die SPD.

Am 21. Januar trat im neuen Jahre zum ersten Male das Kartell zu einer Sitzung zusammen.

Unter Einräde gab der Vorsitzende bekannt, daß sich die Kartellmitglieder in der Sitzung zum Kartell angegeschlossen haben. Dem Ortsvorsitzenden sind nun im Jahre 1927 20 Gewerkschaften angeschlossen.

Ein Bericht über die Beschlüsse wurde vorgelesen von einem Kuriositätsnehmer gegen den Kuriositätsführer Debbin, Wittenberg. Es wurde darin festgestellt,

daß Debbin verurteilt hat, den Kuriositätsführer für seine Parteiangelegenheiten der SPD anzusehen. Eine Resolution wurde eingebracht, die dem Bezirksvorsitzenden die Aufgabe gestellt wurde, sich damit an dieser Stelle Abschlüsse in dieser Angelegenheit nachzufragen, möglichenfalls ein anderer Kuriositätsführer nach Wittenberg geschickt wird.

Kollege Prochaska gab dann den Kartellvorsitz. Eine Eingabe von 200.000 M. steht eine Ausgabe von 200.70 M. voran. Über, ob das ein Kartellbeschluss ist, wurde 208.82 M. voran den ist. Die angeschlossenen Gewerkschaften haben eine Mitgliedszahl von 2400.

führen leit, weil der Vorstand in den letzten Jahren nur eine leitig zumangekommen. Er sollte nun seinen Mitgliedern Rechnung getragen werden und die Verantwortung in gewerkschaftlicher Weise vorantworten gehen. Der Versammlungsbuch ist verurteilt, den Antrag zu genehmigen, wurde aber von dem SPD-Kollegen heißt darauf aufmerksam gemacht, daß der Kollege ganz über diesen Antrag nicht abstimmen darf. Die Abstimmung ergab eine Mehrheit für diesen Antrag.

Die Versammlung hatte somit beschlossen, daß der neuwählende Vorstand partiellisch besetzt werden soll.

Man schritt zur Besetzung des Vorstandes. Zum ersten Vorsitzenden wurde der Kollege Karl Lehmann einstimmig gewählt. Die Abstimmung erfolgte der Affirmation. In den in Nr. 3 der „Hörsabereitungen“ veröffentlichten Regeln für die Leitung von Mitgliedsversammlungen heißt es aber unter Absatz 7:

„Die Abstimmungen erfolgen in der Regel durch Handaufheben, und es hat bei der Wahl der Ortsverwaltung, oder wenn sonst die Abstimmung durch Stimmzettel beantragt wird.“

Der Versammlungsleiter mußte diese Regeln mindestens kennen und die Abstimmung durch Stimmzettel vornehmen. Statt dessen nahm er unter der allgemein einliegenden Meinung der Kollegen die Abstimmung weiter durch Affirmation vor, und nicht nur, sondern auch die weiteren Reformen für den Gesamtverband entgegen, obwohl ihnen laut Versammlungsbeschluss nur die Hälfte der zu wählenden Vorstandsmitglieder zustanden. Die Vorsitzende, die der Kollege Gabriel für die Opposition machte, beachtete es gar nicht.

Unter anschließender Nachfrage und lauter Empörung vieler Kollegen, die dem Willen und dem Rechte der Versammlung zugetan waren, wurde die Abstimmung durch Affirmation vorgenommen. Die Entscheidung wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war, sondern es wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war, sondern es wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war.

Unter anschließender Nachfrage und lauter Empörung vieler Kollegen, die dem Willen und dem Rechte der Versammlung zugetan waren, wurde die Abstimmung durch Affirmation vorgenommen. Die Entscheidung wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war, sondern es wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war.

Unter anschließender Nachfrage und lauter Empörung vieler Kollegen, die dem Willen und dem Rechte der Versammlung zugetan waren, wurde die Abstimmung durch Affirmation vorgenommen. Die Entscheidung wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war, sondern es wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war.

Unter anschließender Nachfrage und lauter Empörung vieler Kollegen, die dem Willen und dem Rechte der Versammlung zugetan waren, wurde die Abstimmung durch Affirmation vorgenommen. Die Entscheidung wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war, sondern es wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war.

Unter anschließender Nachfrage und lauter Empörung vieler Kollegen, die dem Willen und dem Rechte der Versammlung zugetan waren, wurde die Abstimmung durch Affirmation vorgenommen. Die Entscheidung wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war, sondern es wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war.

Unter anschließender Nachfrage und lauter Empörung vieler Kollegen, die dem Willen und dem Rechte der Versammlung zugetan waren, wurde die Abstimmung durch Affirmation vorgenommen. Die Entscheidung wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war, sondern es wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war.

Unter anschließender Nachfrage und lauter Empörung vieler Kollegen, die dem Willen und dem Rechte der Versammlung zugetan waren, wurde die Abstimmung durch Affirmation vorgenommen. Die Entscheidung wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war, sondern es wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war.

Unter anschließender Nachfrage und lauter Empörung vieler Kollegen, die dem Willen und dem Rechte der Versammlung zugetan waren, wurde die Abstimmung durch Affirmation vorgenommen. Die Entscheidung wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war, sondern es wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war.

Unter anschließender Nachfrage und lauter Empörung vieler Kollegen, die dem Willen und dem Rechte der Versammlung zugetan waren, wurde die Abstimmung durch Affirmation vorgenommen. Die Entscheidung wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war, sondern es wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war.

Unter anschließender Nachfrage und lauter Empörung vieler Kollegen, die dem Willen und dem Rechte der Versammlung zugetan waren, wurde die Abstimmung durch Affirmation vorgenommen. Die Entscheidung wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war, sondern es wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war.

Unter anschließender Nachfrage und lauter Empörung vieler Kollegen, die dem Willen und dem Rechte der Versammlung zugetan waren, wurde die Abstimmung durch Affirmation vorgenommen. Die Entscheidung wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war, sondern es wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war.

Unter anschließender Nachfrage und lauter Empörung vieler Kollegen, die dem Willen und dem Rechte der Versammlung zugetan waren, wurde die Abstimmung durch Affirmation vorgenommen. Die Entscheidung wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war, sondern es wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war.

Unter anschließender Nachfrage und lauter Empörung vieler Kollegen, die dem Willen und dem Rechte der Versammlung zugetan waren, wurde die Abstimmung durch Affirmation vorgenommen. Die Entscheidung wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war, sondern es wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war.

Unter anschließender Nachfrage und lauter Empörung vieler Kollegen, die dem Willen und dem Rechte der Versammlung zugetan waren, wurde die Abstimmung durch Affirmation vorgenommen. Die Entscheidung wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war, sondern es wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war.

Unter anschließender Nachfrage und lauter Empörung vieler Kollegen, die dem Willen und dem Rechte der Versammlung zugetan waren, wurde die Abstimmung durch Affirmation vorgenommen. Die Entscheidung wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war, sondern es wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war.

Unter anschließender Nachfrage und lauter Empörung vieler Kollegen, die dem Willen und dem Rechte der Versammlung zugetan waren, wurde die Abstimmung durch Affirmation vorgenommen. Die Entscheidung wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war, sondern es wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war.

Unter anschließender Nachfrage und lauter Empörung vieler Kollegen, die dem Willen und dem Rechte der Versammlung zugetan waren, wurde die Abstimmung durch Affirmation vorgenommen. Die Entscheidung wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war, sondern es wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war.

Unter anschließender Nachfrage und lauter Empörung vieler Kollegen, die dem Willen und dem Rechte der Versammlung zugetan waren, wurde die Abstimmung durch Affirmation vorgenommen. Die Entscheidung wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war, sondern es wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war.

Unter anschließender Nachfrage und lauter Empörung vieler Kollegen, die dem Willen und dem Rechte der Versammlung zugetan waren, wurde die Abstimmung durch Affirmation vorgenommen. Die Entscheidung wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war, sondern es wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war.

Unter anschließender Nachfrage und lauter Empörung vieler Kollegen, die dem Willen und dem Rechte der Versammlung zugetan waren, wurde die Abstimmung durch Affirmation vorgenommen. Die Entscheidung wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war, sondern es wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war.

Unter anschließender Nachfrage und lauter Empörung vieler Kollegen, die dem Willen und dem Rechte der Versammlung zugetan waren, wurde die Abstimmung durch Affirmation vorgenommen. Die Entscheidung wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war, sondern es wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war.

Unter anschließender Nachfrage und lauter Empörung vieler Kollegen, die dem Willen und dem Rechte der Versammlung zugetan waren, wurde die Abstimmung durch Affirmation vorgenommen. Die Entscheidung wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war, sondern es wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war.

Unter anschließender Nachfrage und lauter Empörung vieler Kollegen, die dem Willen und dem Rechte der Versammlung zugetan waren, wurde die Abstimmung durch Affirmation vorgenommen. Die Entscheidung wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war, sondern es wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war.

Unter anschließender Nachfrage und lauter Empörung vieler Kollegen, die dem Willen und dem Rechte der Versammlung zugetan waren, wurde die Abstimmung durch Affirmation vorgenommen. Die Entscheidung wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war, sondern es wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war.

Unter anschließender Nachfrage und lauter Empörung vieler Kollegen, die dem Willen und dem Rechte der Versammlung zugetan waren, wurde die Abstimmung durch Affirmation vorgenommen. Die Entscheidung wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war, sondern es wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war.

Unter anschließender Nachfrage und lauter Empörung vieler Kollegen, die dem Willen und dem Rechte der Versammlung zugetan waren, wurde die Abstimmung durch Affirmation vorgenommen. Die Entscheidung wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war, sondern es wurde nicht bestritten, weil es eben nicht notwendig war.

Aus der Provinz

Tagung der kommunikativen Kriegsspieler

Am Sonntag, dem 20. Januar 1927, findet in Halle im "Hofpark", vermittelt durch die außerordentlich wichtige Präzisions-Abteilung des Internationalen Bureau der Kriegsspieler...

Beisitzersitzung.

Bürgerliche oder Arbeiter-Zeitung?

Unser Artikel "Theorie und Praxis der 'Freien Presse'" hat die Herzen aus der Steinzeit in Bitterfeld ganz aus dem Häuschen gemacht. Bereits am Sonntag ließ Herr Baum ein mühseliges Gesuch...

Wir erlauben uns dazu folgende Feststellungen: Weitens einmal haben wir wirklich gar keine Ursache, neidisch zu sein gegenüber einem Blättchen, das seit einem halben Jahrhundert als Blätterblatt existiert...

Kampf der 'Freien Presse' gegen die revolutionäre Arbeiter-Zeitung in erster Linie

das Ziel der 'Freien Presse' in zweiter Linie ist, Kampf gegen Sozial-Anliegen. Schön, schön, ja, aber warum denn Euer Aufschrei, Ihr Herren von der Steinzeit?

Dann noch zu einer Feststellung. Also, wir sollen unrecht haben, wenn wir Euch Moskauer vorwerfen, weil Ihr Euch nicht offen als SPD-Mittel bekennet. Ihr wollt das "Organ der Werktätigen" sein. Wie die kommunikativen Parteien kleineren der Kongress...

Wie gelangt, diese Auffassungen werden kommentarlos wiedergegeben. Die logik doch Karl Marx? Religion ist das Opium der Völker. Nicht wahr, Herr Redakteur der 'Freien Presse'?

Merseburg-Querfurt

Beuna. Nachdem die Eisenbahnerbindung von Ciesleben nach Beuna am Halle-Güterbahnhof gehalten worden ist, sind in der letzten Zeit vom Eisenbahner Arbeitsamt eine große Anzahl Arbeiter aus dem Mansfelder Erz-Bezirk...

Algen. Aus dem Stabsparlament. Dienen Donnerstag werden unsere Eisenbahner durch eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen haben, im ganzen sollen 18 Punkte verhandelt werden.

Kennzahl. Ein Vorkriegs-Schulvorstand! Stolz leben die Einwohner auf das neue Schulgebäude, das am 1. Februar seiner Bestimmung übergeben werden soll. Lange genug hat es geherrert, als ein etwas laienhaftes. Daraufhin wurde dann der rechtsfähige Kreislehrer nachhause Arbeiter...

Wahlung. Mittelschule. Umwandlung von Schülern und Schülerräten. Die 11. Klasse der Mittelschule in Querfurt...

Neue Hochwassergefahr? — Unzulängliche Hilfe der Regierung

Aus allen Teilen des Reiches kommen Meldungen, nach denen durch die Regenfälle der letzten Tage die Ströme und Flüsse erneut im Gefahrenbereich sind und ungeheure Schäden zu über-schwemmen drohen.

Trotzdem muß aber nachdrücklich gefordert werden, daß die Behörden endlich einmal schrittweises Vorgehen treffen, die ge-richtet sind, einer neuen Überflutungsgefahr Gebiet vorzu-beugen.

Die letzten Tage, die mit ihrem stillen augenscheinlich ein weiteres Steigen der Flüsse verhindert haben, müssen augen-blicklich in der Gefahr eines raschen Anstieges vorliegen.

Regierungspräsident Gröhner im mitteldeutschen Hochwassergebiet

Dieser Tage hat der Regierungspräsident Gröhner eine Infor-mationsreise durch das Hochwassergebiet unternommen, um sich selbst über den Schaden, den die Überflutungsgefahr angerichtet hat, zu überzeugen.

"Das Vienenwerda, 21. Januar. Gestern hat Regierungspräsi-dent Gröhner aus Merseburg mit Landrat Köhlig, Kreisinspek-tor Baumert und Winterschulinspektor Dr. Weedel das Hochwassergebiet unseres Kreises bereist.

München nahm Mühlenbesitzer Theile Gelegenheit, den Bescher-der der Götter-Anliegen sehr deutlich Ausdruck zu verleihen. Die Aufgaben die der Regierungspräsident bezüglich einer baldigen und kräftigen Abhilfe meinte, ließen erkennen, daß die Behörden den Kreis bereits ernst haben.

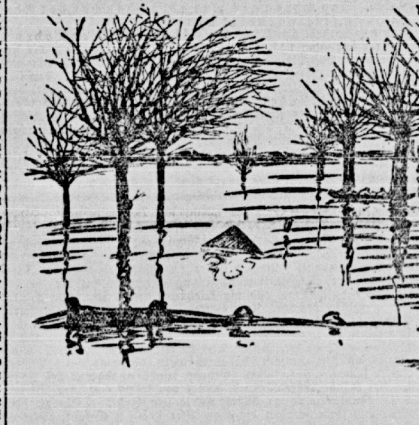
Man hat also nicht verfehlt, dem Herrn Regierungspräsidenten "sehr deutlich" die Meinung der Hochwasser-Gebietigen zu sagen, und Herr Gröhner hat darauf kräftig Abhilfe — versprochen.

Die Besprechungen sind bekanntlich sehr billig, sie kosten nämlich gar nichts. Herr Gröhner hat aber auch wohl normale Oden. Was zu dem einen hinsetzt, geht zum anderen wieder hinaus.

Diese Tatsachen dürfen die dem Hochwasser gefährdeten Klein-bauern und Landarbeiter nicht verzeihen. Mit Klagen und Anfor-derungen sie ihre Feder nicht trocken legen und kein Sceptum beibehalten. Sie müssen weiter erkennen, daß ein Einziger hier nichts aus-richten kann, und wenn er sich einem Regierungsvertreter gegen-über noch so heuchel auspricht.

Die Anstret führt Hochwasser

Laucha. Seit einigen Tagen führt die Anstret Hochwasser. Die Gefahr des Überretrens des Flusses auf die Weiden wurde durch das andauernde Regenwetter noch vergrößert.



Die Hochwasserflut

des vergangenen Jahres hält noch heute große Landstrichen unter Wasser. Der Schaden wird sich auch noch im nächsten Jahre auswirken, da an eine Winterauslaugung nicht zu denken war und es noch sehr fraglich ist, ob der Boden im kommenden Frühjahr bebaut werden kann.

Weißenfels-Naumburg-Zeit

Weißenfels. Fernaus der Frauenvereinsammlung! Arbeiterinnen, Hausfrauen, weibliche Frauen, Arbeiter, An-gestellte, Vertretige. Mittwoch, den 26. Januar, abends 8 Uhr, im "Luisen" (nicht im "Vollhaus") große öffentliche Frauenvereinsammlung. Thema: "Mutter und Kind in Naumburg-Naumburg und in Deutschland". Referent: Dr. Maria Gering, Gehilfin in Naumburg.

Weißenfels. SPD-Fest. Die am Freitag, dem 21. Januar von der SPD, KPD, KJVD, KJG, und anderen proletarischen Organisationen veranstaltete Benefizfeier hat als mittig gelungen bezeichnet werden. Der Arbeiter-Mandolin-Klub Weißenfels leitete die Feier ein. Es folgten Resitationen eines Jugendballets, Vorträge einiger Briefe von Rosa Luxemburg aus dem Geängnis und ein gut aufgenommener Sprecher, der den Kapitalismus, den Militarismus und die Klassenjustiz sehr treffend als die Ursachen der Verelendung und der Verelendung der Arbeiterschaft verurteilte.

Zeit. Einer, der immer noch nicht weiß, wo er hin-geht. In der vergangenen Woche fand hier eine Erwerbslosen-Vermittlung statt. In welcher Woche? Es ist ja unter anderem auf die drohende Mietssteigerung von 30 Prozent hinweisend und auch den Ausdruck gebracht: "Das jetzt uns, wo den Hausgegaranten immer und immer mehr in den geringen Raten geworden wird."

Einige Tage später erschien ein Eingeladener im "Luisen" Wöllchen Bescheidener (Friedrich Radtke) von einem angesehnen Haus-beitzer, der sich über eine vorerliche Maßnahme der Erwerbslosen-behörde. In seinem Eingeladener ist darüber, daß in der Erwerbslosenvermittlung, wo doch sicher auch Hausbesitzer an-wesen waren, sich niemand gegen die Verelendung des Genossen Benno B. gewandt hätte. Alles hätte "mit den Wölfen geheilt".

Keinen eine Steigerung der Miete nichts nützt, denn was man ihnen auf der einen Seite gibt, nimmt man auf der anderen wieder. Wenn der Einkäufer das nicht versteht, warum melde er sich dann nicht gleich zu Wort und höhe sich aufzurufen? Warum heult er auch mit den Wölfen? Gehört er etwa auch zu den Weuten, für die das Sprichwort gilt: "Hammern, geh zu rotan?"

Leuchern. Stadtvorordnetenentscheidung. Am 21. Januar tagte die erste Stadtvorordnetenversammlung im neuen Jahr. Nach Er-öffnung der Wahl des Vorsitzenden und der Kommissionen wurde endlich einmal eine Tagesordnung erledigt, womit sich die Kommu-nalisten in jeder Sitzung 1928 beschäftigt hatten im Interesse der breiten Einwohnerbevölkerung und hauptsächlich der Arbeiterbevölkerung.

Die erstmalig einleitete beim Bau der Wasserleitung, trotzdem die-lesse die Statutenmängel ist. Es wurde noch ein Antrag der Stadtvorordnetenversammlung, dem Sportplatz in einem ungesicherten Zustand herzustellen. Nach wenigen Minuten Anfragen, wobei auch die mangelhafte Beleuchtung bemängelt wurde, war die Tagesordnung erschöpft. Arbeiter von Leuchern! Diese Verelendung hat Euch bemöhen, was für gute Arbeit die Kommunalisten in Eurem Interesse leisten. Wir müssen von Euch verlangen, daß es noch mehr Interesse für die Stadtvorordnetenversammlung sei, und Euch hinter Euch Vertreter stellt. Stellt selbst Anträge bei Euren Vertretern.

Weißenfels. Ein Volkstempel des baltischen Christen hat sich, Mittwoch, dem 26. Januar, im "Stadtbücherei" (Vollhaus) auf Befehl der Gewerkschaften in Halle. Wandarbeiter Tiede bringt mit dem ersten baltischen Arbeiterkreis von Halle, Berlin, Chemnitz, die Entscheidung um, vom Vortrag, Kommerzienrat Kießel spielt das Volkstempel in Halle. Die meisten der Arbeiter des Gewerkschaftsbezirks verpflichtend auf den Besuch der Veranstaltung.



